

Schweizerische Arbeitsgruppe Gentechnologie SAG

Fact Sheet: Moratorien und Verbote weltweit

PD Dr. Daniel Ammann, SAG Geschäftsstelle, September 2003

Rund um den Globus führen die bestehenden Unsicherheiten bezüglich der Umweltfolgen von gentechnisch veränderten Pflanzen, die Sorge um die gentechfreie Produktion und die Furcht vor gesundheitlichen Folgen aufgrund des Verzehrs von gentechnisch hergestellten Lebensmitteln dazu, dass Moratorien und Verbote diskutiert, gefordert und auch umgesetzt werden.

Die Diskussionen über Moratorien und Verbote sind vielfältig und dynamisch. Insofern stellen die nachfolgenden Beispiele keine abschliessende und langfristig gesicherte Liste dar.

Albanien

Eine parlamentarische Kommission in Albanien beschloss im Juni 2003 ein 5-jähriges Moratorium für die Einfuhr von GVO. Der Umweltminister soll nun die gesetzlichen Bestimmungen ausführen.

Algerien

Das algerische Landwirtschaftsministerium präsentierte am 20. Februar 2001 einen Erlass, der den Import, Handel, Vertrieb und Gebrauch von gentechnisch veränderten Pflanzen verbieten soll. Damit sollen die genetische Erosion von Pflanzenressourcen verhindert und die Bedingungen für eine ökologische Landwirtschaft geschaffen werden.

Australien

Rund dreissig lokale Regierungen haben sich in Resolutionen zu gentechfreien Zonen erklärt. Diese lokalen Regierungen versuchen Freisetzungen zu verbieten, können dies aber nicht tun, weil ihnen dazu der rechtliche Rückhalt aus den Bundesstaaten fehlt. Eine Ausnahme ist Tasmanien. Ökologische und ökonomische Risiken zitierend hat die Regierung von Tasmanien nämlich alle Feldversuche mit Gentech-Pflanzen bis ins Jahr 2003 verboten.

Im Juni 2003 hat der australische Staat New South Wales gesetzlich ein 3-jähriges Moratorium festgelegt.

Belgien

Ende 2001 schloss sich Belgien denjenigen EU-Mitgliedstaaten an, die sich gegen die Aufhebung des de facto Moratoriums in der EU aussprechen (siehe auch EU).

Benin

Benin hat am 6. März 2002 ein 5-jähriges Moratorium beschlossen.

Bolivien

Das bolivianische Landwirtschaftsministerium verabschiedete eine Resolution, die den Import und die Anwendung von gentechnisch veränderten Organismen verbietet. Die Resolution trat am 8. Januar 2001 in Kraft und galt für ein Jahr.

Brasilien

Der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ist zurzeit verboten. Wie lange das Verbot noch dauern wird, ist unklar.

Der Präsident Brasiliens, Luiz Inacio Lula da Silva, will grundsätzlich das Verbot von GVO aufrechterhalten. Im Parlament laufen im Sommer 2003 hitzige Diskussionen.

England

Im Juli 2001 hat England entschieden, den Anbau des in der EU zugelassenen T25-Mais von Aventis auf dem Gebiet von Wales zu verbieten.

Die Insel Jersey verbietet Gentech-Pflanzen.

EU

Im Juli 1999 haben sich die Umweltminister der EU-Länder darauf geeinigt, die Richtlinie für den Umgang mit gentechnisch veränderten Pflanzen in der Umwelt zu verschärfen. Zudem verabredeten die Umweltminister, dass bis zum Inkrafttreten dieser neuen Freisetzungsrichtlinie keine weiteren gentechnisch veränderten Pflanzen mehr zugelassen würden. Der entsprechende, förmliche Beschluss wurde jedoch nur von Frankreich, Italien, Dänemark, Griechenland und Luxemburg unterstützt. Dennoch herrschte seither ein de facto Moratorium für die Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen, dies obwohl die Freisetzungsrichtlinie mittlerweile revidiert und in Kraft gesetzt worden ist. Der Grund für das anhaltende Moratorium lag darin, dass die EU-Länder Frankreich, Italien, Österreich, Luxemburg, Griechenland, Dänemark und Belgien einen verantwortungsvollen Umgang mit gentechnisch veränderten Pflanzen wollen und deshalb zusätzlich zur verschärften Freisetzungsrichtlinie weitere rechtliche Anpassungen forderten. So wollten die oben genannten Länder das Moratorium erst dann aufheben, wenn auch die EU-Verordnungen zur Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit von GVO in Kraft sind.

Mit der Zustimmung des EU-Parlaments zu den Verordnungen über gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel geht die zulassungsfreie Periode in der EU zu Ende. Nun können die beiden Verordnungen über GVO-Lebens- und Futtermittel und zur Rückverfolgbarkeit gegen Ende des Jahres 2003 in Kraft treten. Nachdem die neue Freisetzungs-Richtlinie bereits seit Oktober 2002 rechtsgültig ist, verfügt die EU damit über einen neuen Rechtsrahmen zur Gentechnik.

Trotzdem haben die USA im Verbund mit anderen Ländern, darunter die "Gentech-Staaten" Kanada und Argentinien, gegen die Europäischen Union vor der WTO eine Klage eingereicht.

Gemäss den USA steht das EU de facto Moratorium wie auch die neuen EU Richtlinien im Widerspruch mit den WTO-Regeln. Laut Angaben aus amerikanischen Landwirtschaftskreisen verursacht das EU-Moratorium den US-Bauern jährliche Exporteinbussen in Höhe von 300 Mio. \$. Zudem entbehrten die mit der diffusen Angst vieler europäischer KonsumentInnen gegenüber Gentech-Produkten begründeten Argumente zugunsten eines unbestimmten Zulassungsstopps einer soliden wissenschaftlichen Basis.

Frankreich

Bis 1996 war Frankreich der EU-Mitgliedstaat, der die Marktzulassung von gentechnisch veränderten Kulturpflanzen und Lebensmittel am stärksten unterstützte. Heute zählt das Land zu den EU-Staaten, die am stärksten gegen die Marktzulassung opponieren. So hat Frankreich 1998 ein zweijähriges Moratorium für den Anbau von transgenem Raps erlassen. Frankreich trägt seine geänderte Position gegenüber der grünen Gentechnik auch in die EU und gehört dort zu jenen Ländern, die sich für eine Beibehaltung des Zulassungsmoratorium aussprechen. So fordert die französische Regierung, dass die Kommerzialisierung von transgenen Pflanzen erst dann weiter gehen soll, wenn auf EU-Ebene klare Regeln für die Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit in Kraft sind. Neben dieser Forderung hat Frankreich zwei transgene Rapsorten, die in der EU genehmigt worden sind, auf nationaler Ebene verboten.

Frankreich will das Moratorium in der EU frühestens dann beenden, wenn die neuen Regelungen zur Rückverfolgbarkeit und Deklaration vom Europaparlament genehmigt sind (siehe EU). Laut einer Ansprache an einem internationalen Meeting in Paris im Juni 2003 will der französische Präsident Chirac Gentech-Pflanzen noch nicht zulassen.

Griechenland

Auf EU-Ebene setzt sich Griechenland für die Fortsetzung des de facto Moratoriums ein. Auf nationaler Ebene hat Griechenland eine in der EU genehmigte transgene Rapsorte verboten (herbizidresistenter Raps von AgrEvo).

Italien

Wie Frankreich und Griechenland gehört Italien zu denjenigen EU-Staaten, die dem Inverkehrbringen von Gentech-Pflanzen gegenüber kritisch eingestellt sind. Italien unterstützt deshalb auch die Forderung, das Moratorium in der EU beizubehalten.

Kroatien

"Considering that tourism is our strategic business and that we pride ourselves on organic farming, the government wants to stress the fact that we offer only GMO-free products as our comparative advantage. That is our national interest", kommentiert Bozo Kovacevic, Umweltminister von Kroatien, im Januar 2002 einen Gesetzesentwurf, der den Anbau von Gentech-Pflanzen verbieten und den Import von GVO-Lebensmittel limitieren will. Der Gesetzesentwurf geht auf eine parlamentarische Resolution aus dem Jahr 1998 zurück, die ein Verbot von gentechnisch hergestellten Lebensmitteln verlangte. Kroatien will den vorliegenden Entwurf umsetzen, auch wenn die US-Regierung für die US-Industrie lobbirt und Druck auf die kroatische Regierung aufsetzt.

Luxemburg

Verbot des Anbaus von Novartis Bt-Mais.

Neuseeland

Ende Oktober 2001 gibt die neuseeländische Premierministerin Helen Clark bekannt, dass das bestehende Moratorium für das Inverkehrbringen von Gentech-Pflanzen bis ins Jahr 2003 verlängert wird. Vom Moratorium ausgenommen sind Versuche zu Forschungszwecken. Mit dieser Entscheidung will die neuseeländische Regierung ein Gleichgewicht schaffen zwischen der Notwendigkeit, Mensch und Umwelt zu schützen, und der Notwendigkeit, Wissen und Innovationen zu generieren. "Wir werden weder die Tür für die Wissenschaft schliessen noch werden wir einen schrankenlosen Gebrauch von gentechnisch veränderten Organismen erlauben", sagt Helen Clark der Zeitung New Zealand Herald. Sie will die Zeit bis ins Jahr 2003 nutzen, um weitere Forschung zu veranlassen und die Regulierung zu verbessern. So sind neben der Berufung eines Rates für Bioethik zum Beispiel Forschungsprojekte zu ökonomischen oder versicherungstechnischen Fragen geplant.

Das Moratorium für den kommerziellen Anbau von GVO in Neuseeland endet am 29. Oktober 2003. Grosse Exporteure von Landwirtschaftsprodukten empfehlen, die Aufhebung des Moratoriums gut zu überdenken und wenn möglich beizubehalten.

Norwegen

Das norwegische Parlament hat 1997 entschieden, dass die Regierung die Produktion, den Import sowie den Verkauf von gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermittel verbieten wird, wenn diese Antibiotikaresistenz-Gene enthalten. Im Jahr 2001 sind aufgrund dieser Entscheidung in der EU zugelassene, gentechnisch veränderte Mais-, Chicorée- und Rapsorten in Norwegen verboten worden.

Österreich

Seit Anfang der 90er Jahre verfolgt Österreich eine vorsorgliche Gen-Politik. Österreich gehört denn auch zu den EU-Ländern, die sich für die Weiterführung des Moratoriums in der EU einsetzen. Auf nationaler Ebene hat Österreich bisher keine Freisetzungsversuche erlaubt und den Anbau verschiedener in der EU zugelassener transgener Pflanzen verboten. Dazu gehören die drei Maislinien Bt176, Mon810 und T25.

Paraguay

Paraguay hat den Anbau und Import von gentechnisch veränderten Pflanzen verboten.

Portugal

Verbot des Anbaus von Novartis Bt-Mais.

Schottland

Im Januar 2001 forderte der schottischer Umweltminister fordert ein Moratorium für Freisetzungen. Der schottische Landwirtschaftsminister hat im November 2002 für das kommende Jahr Freisetzungsversuche gestoppt. Zuerst sollen die Einwirkungen bisheriger Freisetzungsversuche abgeklärt werden.

Slowenien

Umweltschutzorganisationen kämpfen für ein gentechnik-freies Slowenien. Sie wollen verhindern, dass die grüne Gentechnik Einzug hält, bevor der slowenische Staat eine gesetzliche Regulierung erarbeitet hat.

Spanien

Die baskische Regierung hat 1999 ein fünfjähriges Moratorium für sämtliche Freisetzungen beschlossen.

Die drei Provinzen Castilla, La Mancha und Baleares verbieten Gentech-Lebensmittel.

Sri Lanka

Es brauche mehr Zeit, um die Gesundheitsrisiken von Gentech-Pflanzen abzuklären. Zu diesem Schluss kam ein Komitee der Regierung von Sri Lanka. Entsprechend empfahl das Komitee den Import und die Verwendung von Gentech-Lebensmittel bis auf weiteres zu verbieten. Die Regierung von Sri Lanka nahm diese Empfehlung auf und wollte ein entsprechendes Gesetz auf den 1. Mai 2001 verabschieden. Auf Druck der WTO und der USA verschob die Regierung das Inkrafttreten des Gesetzes vorerst auf den 1. September 2001. Das Gesetz ist aber bis heute nicht in Kraft getreten, da die Regierung von Sri Lanka schliesslich das Verbot von Gentech-Lebensmittel auf unbestimmte Zeit verschob.

Südpazifik

14 südpazifische Staaten – Samoa, Cook Islands, Fiji, Kiribati, Federated States of Micronesia, Marshall Islands, Nauru, Niue, Papua New Guinea, Samoa, Solomon Islands, Tonga, Tuvalu and Vanuatu – haben ein Moratorium für den Import von GVO-Produkten empfohlen.

Thailand

Seit 1999 gilt ein Verbot für die kommerzielle Verwendung von gentechnisch verändertem Saatgut. Im April 2001 hat das thailändische Kabinett entschieden, alle Freisetzungsversuche mit transgenen Pflanzen zu stoppen und die laufenden Versuche mit Baumwolle und Mais von Monsanto abzubrechen.

USA

In den USA blüht die grüne Gentechnik wie sonst nirgendwo auf der Welt. So lagen im letzten Jahr 68% der weltweit mit GVO angebauten Ackerflächen in den Vereinigten Staaten. Und trotzdem: Auch in US-Staaten gibt es Kritik an der uneingeschränkten Verwendung der Gentechnik. Im Jahr 2001 haben 11 US-Bundesstaaten Rechtsakte für ein Moratorium oder ein Teilmoratorium für Gentechpflanzen vorgeschlagen. In Massachusetts behandelte im April 2001 das Komitee "Natural Resources and Agriculture" einen Antrag, der den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen während fünf Jahren verbieten will. Im Bundesstaat New York beschäftigt sich das Landwirtschaftskomitee gleich mit zwei Anträgen. Der eine verlangt, das Verkaufen oder Anpflanzen

von "Terminator"-Samen zu verbieten. Der andere Antrag will ein 5-jähriges Moratorium für den Anbau aller gentechnisch veränderten Pflanzen erwirken.